

Die Zerstörung des deutschen Gasnetzes

geschrieben von Admin | 3. Juni 2022

Wenn uns vor zehn Jahren jemand gesagt hätte, dass bis 2045 das deutsche Gasnetz aus Klimaschutzgründen zurückgebaut werden müsste – wir hätten ihn doch für verrückt erklärt, oder?

von Fritz Vahrenholt

Patrick Graichen, Staatsekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne), hatte auf der Handelsblatt-Tagung „Stadtwerke 2022“ am 10. Mai 2022 in Berlin die Stadtwerke aufgefordert, mit den Planungen zum Rückbau zu beginnen. Graichen führte zur Begründung aus: „Natürlich ist im Jahr 2045 da kein Gas mehr in den Netzen“ und der Betrieb einzelner Heizungen mit klimaneutralem Wasserstoff als Erdgasesatz sei „Träumerei“, wie die „Welt“ berichtete. Bis 2025 sollte es in jeder Kommune eine Wärmeplanung geben, die klare Vorgaben macht, wie lange noch welches Gasnetz betrieben werde, sagte der Staatsekretär. Das wäre dann der dritte finale Anschlag auf die Sicherheit der Energieversorgung Deutschlands: nach dem Kernenergie- und dem Kohleausstieg folgt der Erdgasausstieg.

Deutschland verfügt mit seinen über 500.000 Kilometern an Gasverteilnetzen über eine hervorragend ausgebauten Infrastruktur, über die rd. 1,6 Millionen Industrie- und Gewerbebetrieben sowie mehr als 19 Millionen Haushalte mit Gas versorgt werden. Mehr als die Hälfte aller Haushalte erhalten heute ihre Wärme durch Gas – entweder direkt über Gasheizungen oder indirekt über Fern- und Nahwärmesysteme.

Herr Graichen rechtfertigt diesen Eingriff unter anderem mit der Situation nach dem Ukraine-Krieg. Doch die Planung verfolgt er schon länger. Wer Herrn Graichen in seiner damaligen Funktion als Direktor der Lobbygruppe AGORA-Energiewende vor der Wahl zugehört hat, konnte es schon damals im September 2021 lesen: „Bis 2030 ist der Kohleausstieg vollzogen, bis 2040 folgt der Gasausstieg“. Die Stadtwerke sind entrüstet, hatten sie doch erwartet, dass sie ihre Gasnetze mit Wasserstoff oder synthetischem grünen Gas weiter betreiben könnten.

Michael Riechel, Präsident des Deutschen Fachverbandes Gas und Wasser, DVGW sagt: „Die jüngsten Aussagen von Staatssekretär Graichen aus dem Bundeswirtschaftsministerium sind an Dreistigkeit und Ignoranz nicht zu überbieten. Die Stadtwerke jetzt aufzufordern, den Rückbau der Gasnetze zu planen, ist grob fahrlässig. Herr Staatssekretär Graichen sollte besser seine ideologischen Scheuklappen ablegen“. Damit würde eine Infrastruktur, die mehrere hundert Milliarden Euro wert ist, entwertet,

assistierte ihm Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen.

Das Oster-Paket des Dr. Robert Habeck

Die Bundesregierung hat dem Bundestag ein Gesetzespaket zur Änderung der Stromerzeugung in Deutschland (genannt Oster-Paket) zugeleitet. Zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren in allen Rechtsbereichen soll im Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) der Grundsatz verankert werden, dass „die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient“. In der Begründung des Gesetzesentwurfs heißt es weiter: „Im Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen, und bereits im Jahr 2035 soll die Stromversorgung fast vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden“. Die Strommenge soll bis 2035 auf 750 Terawattstunden (TWh) ansteigen, um Elektromobilität und Wärmepumpen zusätzlich mit Strom zu versorgen. Bis 2030 sollen bereits 600 TWh aus erneuerbaren Energien, vor allem aus Solar und Wind, stammen. Wie realistisch ist das? Wie versorgungssicher ist das? Und wie teuer wird das? Darüber schweigt das Gesetzespaket. Der heutige Stromverbrauchmix zeigt die Ausgangslage. (Quelle: BDEW Jahresbericht 2021, S. 33)

Im heutigen Strommix liefern Wind und Sonne etwa 29 Prozent des Stroms. Die immer wieder in die Debatte geworfenen 42 Prozent Erneuerbarer Strom erwecken einen falschen Eindruck, denn Biomasse, Wasserkraft und Müllverbrennungsanlagen sind nicht wesentlich auszuweiten. Eine Steigerung um mehr als das Doppelte ist daher für Wind und Solar in 7 Jahren angesagt (das neue EEG gilt ab 2023).

Daher schraubt das Osterpaket folgerichtig die Windenergie an Land von einer heutigen Erzeugungskapazität von 56.130 MW auf 115.000 MW in 2030. Offshore-Windkraftanlagen sollen von heute 7.800 MW auf 40.000 MW in 2030 ansteigen. Aber auch eine Verdoppelung der Erzeugungskapazität wird nicht ausreichen, eine gesicherte Leistung auch in Flautenzeiten zu erbringen. Der einzige Weg von fluktuierender Erzeugung zu gesicherter Leistung ist (wenn man auf den einfachen Weg von Backup-Kraftwerken auf Gas- und Kohlebasis verzichten will) die Zwischenspeicherung in Wasserstoff. Das führt aber zu erheblichen Umwandlungsverlusten von 70–75 Prozent.

50 Prozent der erneuerbaren Energie gehen verloren

Dr. Ahlborn hat für ein 100 Prozent Wind/Solar-System berechnet, dass „das Stromnetz 36 Prozent der Energie unmittelbar aufnehmen kann. Der Betrag an überschüssiger Energie beträgt 64 Prozent. Dieser Anteil teilt sich auf in 52 Prozent der Energie, die dem Elektrolyseprozess zugeführt werden und 12 Prozent des Betrages, die abgeregelt werden. Denn nur für

einige Stunden des Jahres werden sich die ungeheuerlich hohen Spitzen in der Erzeugung nicht wirtschaftlich in Elektrolysen unterbringen lassen. Bei der Rückverstromung des Wasserstoffs bleiben unter günstigen Bedingungen 30 Prozent übrig, d.h. von den 52 Prozent elektrischer Energie, die dem Speicherprozess zugeführt wird, bleiben nach der Rückverstromung weniger als 16 Prozent übrig.

Ahlborn weiter: „Diese Betrachtung verdeutlicht, dass durch das Zusammenspiel der zufälligen Einspeisung mit dem Speichersystem und dem Netz insgesamt rund 50 Prozent der ursprünglichen elektrischen Energie aus Solar- und Windkraftanlagen durch Abregelung und Wandlungsverluste verloren gehen. Dem gesamten System aus elektrischem Netz und Speicher muss also der doppelte Betrag an elektrischer Energie zugeführt werden.“ Wir brauchen also doppelt soviel Anlagen wie die Bundesregierung plant, um die Dunkelflauten mit Wasserstoffstrom zu überbrücken.

Auch die Photovoltaik soll stark ausgebaut werden. Dazu soll die Subvention aus dem Bundeshaushalt steigen. Neue Dachanlagen, die ihren Strom vollständig in das Netz einspeisen, erhalten eine erhöhte (!) Förderung von bis zu 13,8 Cent/kWh. Die Photovoltaik auf Ackerflächen (Agri-PV) wird erweitert, was die Pachtpreise für Ackerflächen in die Höhe treiben wird. Schon heute werden 2.000 Euro Pachtpreise pro Hektar Acker von PV-Investoren gezahlt. Photovoltaik soll nun sogar auf Wasserflächen (Floating-PV) und Moorböden (Moor-PV) ausgedehnt werden! Die Erzeugungskapazität soll von heute 55.000 MW auf 215.000 vervierfacht werden.

Nun könnte man darauf hinweisen, dass der heutige Börsen-Strompreis schon bei 12 bis 15 Cent/kWh liegt und wir uns daher an diese hohen Strompreise gewöhnen müssen. Doch in einem System fluktuerender Stromversorgung mit wasserstoffbasierter Flautenabsicherung ist der Strom zwei- bis dreimal so teuer. Zum einen verdoppeln die oben beschriebenen Energieverluste auf dem Wasserstoffpfad den Preis. Zum anderen sind ja Elektrolyseure, Zwischenspeicher und Wasserstoffkraftwerke nicht zum Nulltarif zu haben.

Natürlich können dezentrale Batteriespeicher für Hausdächer die Kosten für den Eigenverbraucher etwas senken. Aber es fehlt die Gesamtkostenbilanz. Schon jetzt ist klar: International ist das alles andere als wettbewerbsfähig. Auch dazu findet sich in der Gesetzesvorlage kein Satz.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Nachwort der EIKE-Redaktion.

Zu den oben beschriebenen hanebüchenen Vorgaben mit ihren exorbitanten Steigerungsraten kommt, dass das Gesetzespaket vorsieht, bspw. die

Nennleistung der Onshore Windkraft-Industrieanlagen bis 2030, um jährlich 10 GW zu erhöhen. Das wären ab sofort 2.000 WKA der 5 MW Klasse im Jahr, oder 5,5 pro Tag. Jeden Tag, Tag für Tag und ab sofort.

Und von gleicher Qualität sind die Ausbauziele in der Photo-Voltaik, nur noch irrer. Da soll es von rd. 65.000 MW installierter Leistung gar auf 215.000 MW gehen. Pro Tag müssten dann 60 MW hinzugebaut werden. Ein Panel liefert pro Quadratmeter ca. 220 W_{peak}. 60 MW sind 60.000.000 Watt. Geteilt durch 220, wären das rund 273.000 Quadratmeter an Solarpanelen von je knapp 2 m² Größe, die auf deutsche Flächen, d.h. Dächer, Wiesen, Moore, Flüsse oder Seen zu installieren wären. Ab sofort, jeden Tag, bis 2030 einschließlich. Völlig unmöglich!

Da ist es müßig zu fragen in welchem Land die Gesetzesmacher und die ihren Entwürfen zustimmenden Parlamentarier leben. Dieses Land ist es sicher nicht, aber auch im Wolkenkuckucksheim dürfte das nicht gelingen.

Banken und Klimawandel-Propaganda

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2022

Einführung: Jüngst ging die Story eines Bank-Managers der HBC-Bank durch die Medien der es gewagt hatte, den Klima-Alarmismus zu hinterfragen und der daraufhin sofort entlassen wurde. Hier nun geht es in einem ähnlich gelagerte Fälle auf Aktionärsversammlung verschiedener Banken. Die Klima-realistische Denkfabrik CFACT war dabei und hat Fragen gestellt. Dieser Doppel-Beitrag beschreibt diesen Vorgang. Es wirft auch ein Schlaglicht auf den Grad der Unfreiheit, der sich inzwischen breit gemacht hat. – Christian Freuer, Übersetzer

CFACT konfrontiert Aktionärsversammlung von JPMorgan Chase mit ihrer Klima-Heuchelei

[Adam Houser](#)

Als Teil seiner laufenden Mission, linke Agenden in der Unternehmenswelt zu konfrontieren und zu entlarven, nahm CFACT an der virtuellen Jahreshauptversammlung von JPMorgan Chase & Co. Teil.

Mehrere hitzige Fragen wurden im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Aktionäre auf der Versammlung diskutiert.

Die gefährlichsten Vorschläge hätten verlangt, dass JPMorgan Chase keinen Beitrag zur Versorgung mit neuen fossilen Brennstoffen leistet,

und ein weiterer Vorschlag der radikalen Umweltorganisation Sierra Club hätte absolute Reduktionsziele für die von JPMorgan Chase finanzierten Treibhausgasemissionen festgelegt.

Beide Vorschläge scheiterten, und CFACT stimmte bei beiden mit Nein. Der Vorschlag zur Finanzierung fossiler Brennstoffe fand lediglich 10,9 % Ja-Stimmen und scheiterte. Dem Vorschlag zu den Reduktionszielen für Emissionen stimmten nur 15,2 % der Versammelten zu, er scheiterte ebenfalls.

Außerdem wurden Vorschläge von verbündeten Organisationen eingereicht. Ein Vorschlag wurde vom National Legal and Policy Center eingereicht, der JPMorgan Chase dazu verpflichten würde, nicht nur die Vielfalt des Geschlechts und der Hautfarbe zu fördern, wie die Linke sagt, sondern auch die Vielfalt der Erfahrungen und Ansichten. Ein weiterer Antrag wurde vom National Center for Public Policy Research eingereicht, der eine Änderung der Gründungsurkunde vorsah, um JPMorgan Chase zu einer gemeinnützigen Gesellschaft zu machen. Mit dieser Resolution sollte das Unternehmen nicht nur gegenüber den Aktionären, sondern auch gegenüber Interessengruppen wie Arbeitnehmern oder Kunden rechenschaftspflichtig gemacht werden.

Leider sind beide Resolutionen gescheitert, wobei der Vorschlag zur Meinungsvielfalt 4 % der Stimmen erhielt und der Vorschlag zur gemeinnützigen Gesellschaft 0,7 % der Stimmen. CFACT wird weiterhin mit Verbündeten zusammenarbeiten, um in Zukunft Vorschläge zu erarbeiten, die mehr Stimmen von Aktionären erhalten, um Unternehmen wie JPMorgan Chase stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Trotz dieser enttäuschenden Abstimmungsergebnisse hat CFACT eine Frage zur Energieerzeugung gestellt und dabei eindeutige Ungereimtheiten in dem Brief des Vorstandsvorsitzenden Jamie Dimon an die Aktionäre angesprochen. Während Dimon auf die Bedeutung der Energieproduktion hinwies, fährt er fort, solche Aussagen zu beschönigen, indem er auch behauptet, es sei wichtig, die Wind- und Solarenergie zu erhöhen, insbesondere angesichts der aktuellen Energie- und Sicherheitskrise angesichts der russischen Invasion in der Ukraine.

CFACT fragte:

„CFACT lobt den Vorstandsvorsitzenden Dimon dafür, dass er die Wichtigkeit der Steigerung der Energieproduktion, vor allem von Gas, zum Ausdruck gebracht hat, um Amerika und Europa zu helfen. Aber wie würde der Ausbau der Solar- und Windenergie, wie er in seinem Brief vorschlägt, Europa in der aktuellen Krise helfen, wenn man bedenkt, dass Solar- und Windenergie unstetig sind und von fossilen Brennstoffen als Reserveenergie abhängig sind?“

Auch andere Teilnehmer der Telefonkonferenz äußerten Bedenken über die Klima- und Energiepolitik von JPMorgan Chase. Paul Chesser vom National Legal and Policy Center rügte JPMorgan Chase für seine Unterstützung des

Pariser Klimaabkommens und nannte es ein „politisches Dokument“, das „ohne jede Wissenschaft“ sei. Chesser fragte, warum es im Vorstand von JPMorgan Chase keine Klimawissenschaftler gebe, wenn sich das Unternehmen so sehr mit sogenannten Klimafragen beschäftige?

Ein anderer Teilnehmer schimpfte über die Geschäftsleitung von JPMorgan Chase, die auf Kosten der Aktionäre „wahnwitzigen Unsinn“ betreibe, und forderte, dass sie „beim Bankgeschäft bleiben“.

Es ist klar, dass dieses Thema JPMorgan Sorgen bereitet, denn ein anderer Aktionär fragte, wie viel für ESG (Environmental, Social, and Governance) ausgegeben wurde und ob diese Ausgaben zu den „exzessiven Ausgaben“ beitrugen, die von der Bank im vergangenen Jahr gemeldet wurden. CEO Dimon antwortete und enthüllte, dass JPMorgan Chase im letzten Jahr unglaubliche 106 Milliarden Dollar für ESG-Initiativen ausgegeben hat.

CFACT begrüßt diese Aussagen und Fragen und kann den vorgebrachten Bedenken und Kritikpunkten nur zustimmen! Aus diesen Äußerungen geht klar hervor, dass die Frustration über Banken wie JPMorgan Chase wächst, weil sie sich mehr auf „ESG-Unsinn“ konzentrieren, wie der Anrufer sagte, und nicht auf die Finanzen.

CFACT wird weiterhin an Aktionärsversammlungen teilnehmen, um linke Pläne aufzudecken und diese Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. In den nächsten Wochen wird es hierzu weitere Aktualisierungen geben.

Link:

<https://www.cfact.org/2022/05/26/cfact-confronts-energy-hypocrisy-at-jpmorgan-chase-shareholder-meeting/>

Der Geschäftsführer von BlackRock Larry Fink antwortet auf der Aktionärsversammlung auf die Frage von CFACT

Adam Houser

Auf der jährlichen Aktionärsversammlung von BlackRock wurde CEO Larry Fink mit einer Frage von CFACT zum höchst umstrittenen Einsatz von ESG-Scoring (Environmental, Social, and Governance) durch den Investmentriesen konfrontiert.

CFACT fragte:

„Oklahoma hat gerade ein Gesetz erlassen, das den Finanzminister verpflichtet, sich von Firmen zu trennen, die Energieunternehmen aufgrund von ESG-Standards boykottieren. Wie plant BlackRock, seine übermäßige Abhängigkeit von ESG-Scoring anzupassen, da immer mehr Staaten ESG-Investitionen verbieten?“

In seiner Antwort erklärte Fink wiederholt, dass „die Kunden selbst entscheiden, wie sie ihr Geld investieren“, und fuhr fort: „Ich habe immer gesagt, dass wir gegen Desinvestitionen sind“, wobei er sich auf die Versuche der Linken bezog, sich von fossilen Brennstoffunternehmen und deren Interessen zu trennen.

Vielmehr spielt BlackRock eine „entscheidende Rolle bei der Energiewende“, die „fair und gerecht sein muss“, so Fink. Er fügte hinzu, dass BlackRock „keine Politik betreibt, die Investitionen in Energieunternehmen verbietet oder einschränkt“.

Fink schloss seine Antwort mit der Erklärung, dass BlackRock sogar ein Abendessen mit führenden Vertretern von Energieunternehmen und der Umweltbewegung veranstaltet habe, um nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten zu suchen.

Leider betreibt BlackRock zwar keine Politik, die Investitionen in Energieunternehmen einschränkt, aber das Unternehmen fördert mit seinen Anlagestrategien den langsamem Todesmarsch amerikanischer Unternehmen, die fossile Brennstoffe verwenden.

Dieses Abendessen zwischen Energieunternehmen und Umweltschützern, das Fink in seiner Antwort auf die Frage von CFACT erwähnte, ist genau Teil des Problems. Umweltgruppen wollen auf lange Sicht keine Zukunft, die fossile Brennstoffunternehmen einschließt. Kurzfristig sind sie vielleicht zu Kompromissen bereit, wie z.B. bei der Kohlenstoffabscheidung und der Begrenzung von Emissionen, aber nur, weil sie damit ihrem ultimativen Ziel einen Schritt näher kommen, alle fossilen Brennstoffunternehmen komplett zu schließen.

Zu Beginn der Aktionärsversammlung hatte Fink die Gegenerklärung von BlackRock zu einem Aktionärsantrag abgegeben, der BlackRock verpflichtet hätte, „Bewahrungs-Maßnahmen zu ergreifen, um Unternehmensaktivitäten einzuschränken, die soziale und ökologische Kosten externalisieren“. Der Antrag wurde abgelehnt, fand er doch nur eine Zustimmung von 3,6 % der Stimmen.

In seiner Einspruchserklärung sagte Fink, BlackRock sei gegen den Vorschlag, weil er bei der Auswahl der Investitionen anderen Dingen als der finanziellen Leistung von Unternehmen Vorrang einräumen würde.

Es ist ironisch, dass BlackRock eine solche Logik auf seine Ablehnung dieses Vorschlags anwendet und nicht auf seine umfassende Verwendung von ESG, die eine linke Umweltagenda über die finanziellen Aussichten von Unternehmen stellt.

Autor: [Adam Houser](#) coordinates student leaders as National Director of CFACT's collegians program and writes on issues of climate and energy.

Link:

<https://www.cfact.org/2022/05/29/blackrock-ceo-larry-fink-responds-to-cf>

Hurrikan-Aktivität des vorigen Jahres lag nahe dem Minimum jemals

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2022

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

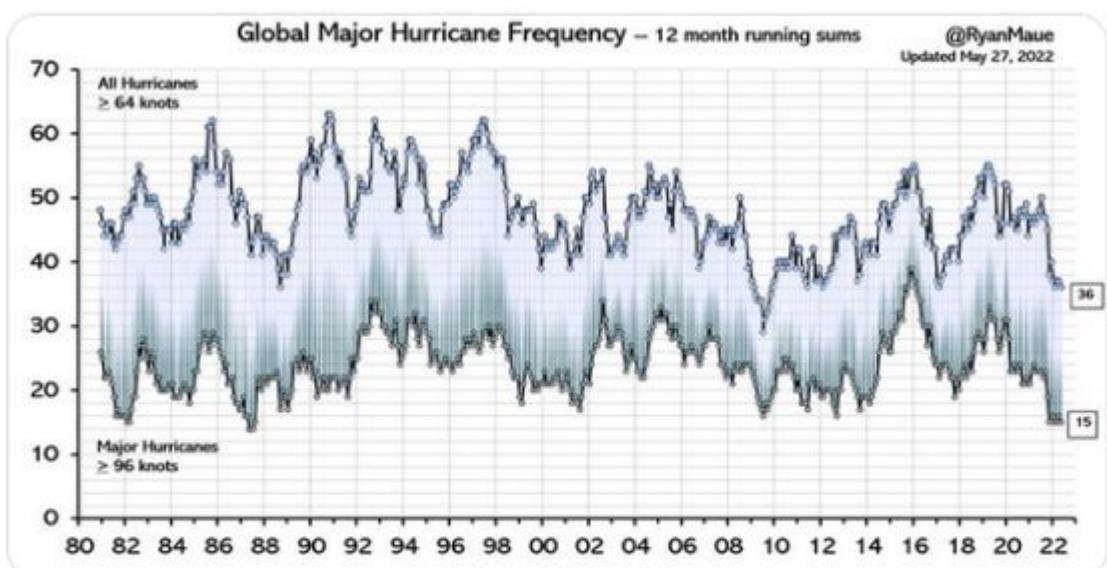


Roger Pielke Jr.  
@RogerPielkeJr

...

The past 12 months have seen close to the fewest tropical cyclones of major hurricane frequency in more than 40 years

Via [@RyanMau](#)



8:16 PM · May 27, 2022 · Twitter for iPad

Das UK Met Office bemüht derweil die alte Lüge der globalen Erwärmung:

Official blog of the Met Office news team



Official blog

Home News About

← Finding resilience to city heat in Southern Asia

British climate scientist earns international acclaim →

More active Atlantic hurricane season ahead?

Posted on [27 May, 2022](#) by [Met Office Press Office](#)

The Atlantic hurricane season – which runs from June to November – is most likely to be above average for tropical cyclone activity according to the latest seasonal prediction from the Met Office.

Climate change

Tropical cyclones derive their energy from warm water, and sea surface temperatures above 26°C are necessary to sustain them. Tropical cyclones encountering cooler waters lose intensity. With climate change raising global temperature levels it could be expected to see an increase in the frequency and intensity of tropical cyclone activity.

However, as Julian notes: "We do expect to see an underlying trend from the impacts of global warming to produce slightly stronger tropical cyclones. But on a year-to-year basis any increase is masked by the large amounts of natural variability with some seasons containing far more activity than others."

Zusammenfassung des Übersetzers: Das UKMO meint also, in diesem Jahr sei eine aktive Hurrikan-Tätigkeit zu erwarten. Aber wie der vorletzte Kasten zeigt, ist man dort nicht ganz auf der Höhe der Wissenschaft. Dort wird die Mär von den „26°C Wassertemperatur“ wiederholt. Eine Erklärung, warum es genau die gleichen Gebilde auch über arktischen Gewässern gibt (Wassertemperatur um 0°C), geht daraus natürlich nicht hervor. Näheres dazu gibt es [hier](#).

Im letzten Kasten wird dann wieder alles relativiert. Ich frage mich, wie man beim UKMO den Begriff „Vorhersage“ definiert.

[More active Atlantic hurricane season ahead?](#)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/05/30/hurricane-activity-close-to-lowest-on-record-in-last-year/>

Bearbeitet von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Die ökonomischen Kosten der Eliminierung fossiler Treibstoffe

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2022

[Andy May](#)

Die Debatte über den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel geht weiter. Wie inzwischen fast jeder weiß, gibt es keine Belege dafür, dass der Mensch einen wesentlichen Einfluss auf das Klima hat, so dass sich die [Debatte](#) hauptsächlich darum dreht, welche zukünftige Klimaprojektion wahrscheinlich ist. Es ist auch nicht klar, dass die Veränderungen, die wir verursachen könnten, schlecht sind. Die meisten Beweise deuten darauf hin, dass zusätzliches CO₂ und die Erwärmung bisher von [Vorteil](#) waren und wahrscheinlich auch in Zukunft von [Vorteil](#) sein werden. Was aber, wenn wir uns entscheiden, auf fossile Brennstoffe zu verzichten? Was sind die wirtschaftlichen Auswirkungen?

Gregor Semieniuk und neun Koautoren haben soeben in *Nature Climate Change* eine [Arbeit](#) mit freiem Zugang veröffentlicht, in der diese Option diskutiert wird. Der Nettogegenwartswert zukünftiger entgangener Gewinne aus fossilen Brennstoffen übersteigt 1,4 Billionen Dollar, wobei allein in den USA 0,4 Billionen Dollar verloren gehen. Vergleichen Sie dies mit dem Verlust von etwa 2 Billionen Dollar an Wert von US-Immobilien im Jahr 2008, laut [Zillow](#), aufgrund der Immobilienkrise. Beachten Sie, dass die beiden Zahlen nicht direkt vergleichbar sind, da wir die Gewinne aus fossilen Brennstoffen mit dem Gesamtwert der Häuser und nicht mit dem Eigenkapital der Hausbesitzer vergleichen. Das durchschnittliche Eigenkapital eines Hauses in den USA im Jahr 2021 beträgt etwa [153.000](#) Dollar und die durchschnittlichen Kosten für ein Haus liegen bei [374.900](#) Dollar. Dieses Verhältnis reduziert den Verlust des Eigenheimwerts von 2 Billionen Dollar im Jahr 2008 auf einen Verlust von 0,8 Billionen Dollar an Eigenheimkapital. Der Verlust von Öl-, Gas- und Kohlevermögenswerten könnte einen schweren wirtschaftlichen Schock auslösen.

Der größte Teil des Risikos liegt bei den privaten Investoren, die überwiegend in den OECD-Ländern sitzen, insbesondere in den USA und Großbritannien. Um dies in eine bessere Perspektive zu rücken, betrug das BIP der OECD im Jahr 2021 59 Billionen Dollar und das der USA 21 Billionen Dollar.

Diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel gefährlich ist, wollen einen schnellen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, was die Abschreibung von Vermögenswerten aus fossilen Brennstoffen erforderlich macht. In dem Artikel wird das Eigentum an diesen Vermögenswerten verfolgt. Wer ist der Verlierer, wenn die Vermögenswerte verloren sind? Die Branche der fossilen Brennstoffe ist sehr groß und umfasst 43 439 Öl- und Gasförderanlagen, ganz zu schweigen von den vielen Kohleminen. Die Öl- und Gasvorkommen befinden sich im Besitz von fast 70.000 einzelnen Öl- und Gasunternehmen.

Die letztendlichen Eigentümer dieser Vermögenswerte sind überwiegend verwaltete Investmentfonds (deren größte Kunden Pensionsfonds sind), Banken und andere Kreditgeber sowie selbstverwaltete Pensionsfonds, wie in Abbildung 1 dargestellt. Die höchsten Verluste im Verhältnis zum BIP sind in Ländern zu verzeichnen, in denen der Staat eine bedeutende Rolle spielt, wie in Russland und Norwegen.

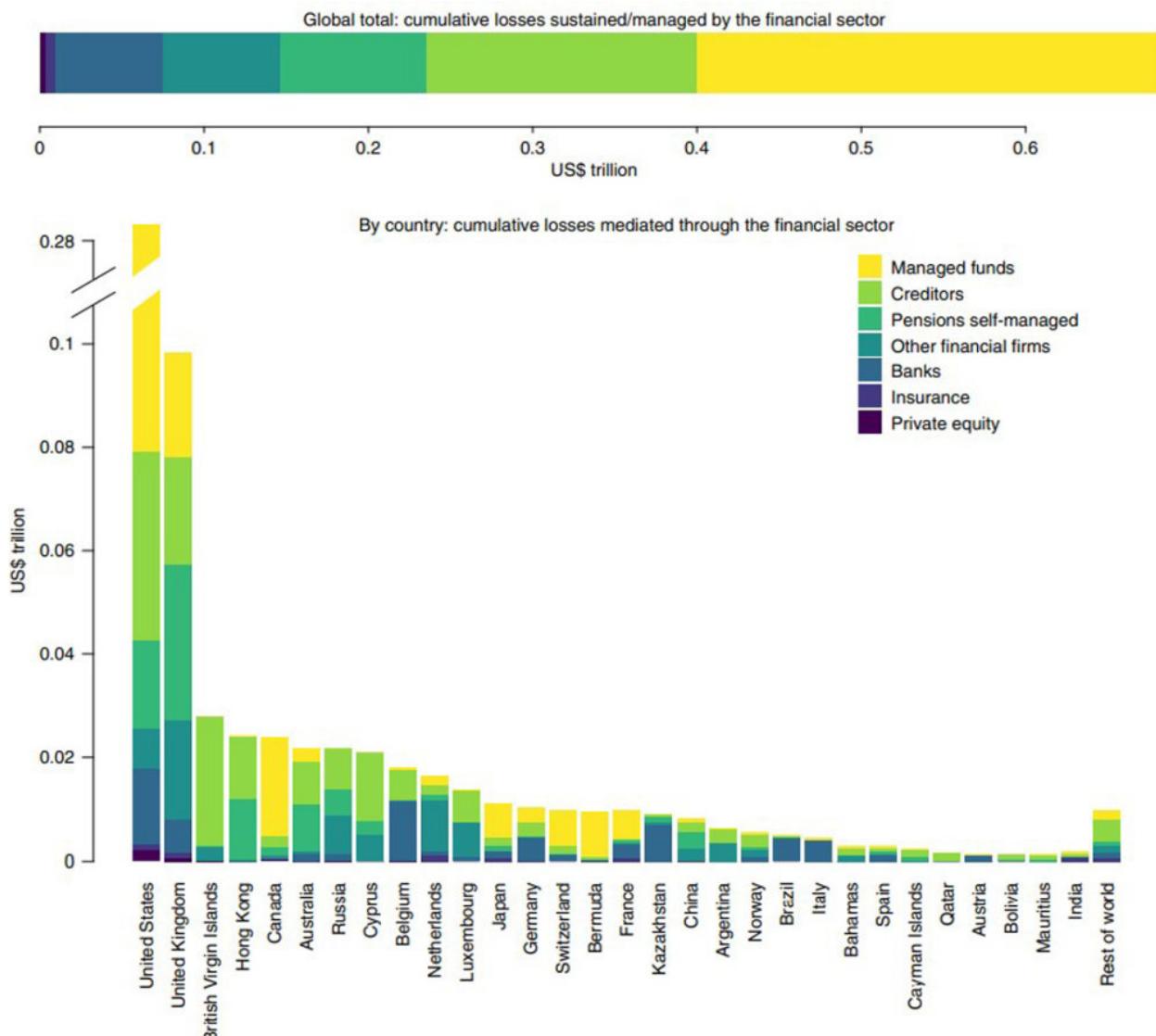


Abbildung: Verluste aufgrund des schnellen Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen nach Finanzsektor (oben) und nach Land (unten). Quelle: (Semieniuk, Holden, Mercure, & al., 2022).

Diskussion

In dem Artikel wird behauptet, dass die Kompensation des gesamten Verlustes der Öl- und Gasunternehmen „nur“ ein bis zwei Prozent des BIP kosten würde. Dabei werden jedoch weder die Verluste der Öl- und Gasdienstleistungs-Unternehmen noch die gesamte daraus resultierende Arbeitslosigkeit berücksichtigt, die allein in den USA mehr als neun Millionen Arbeitsplätze betragen dürfte. Dabei sind die 42.117 Arbeitsplätze im US-Kohlebergbau noch nicht berücksichtigt.

Es genügt zu sagen, dass ihre Schätzung der Kosten für die Einschränkung oder Abschaffung fossiler Brennstoffe viel zu niedrig ist.

Wie Vaclav Smil in seinem neuen [Buch](#) deutlich macht, **bilden Öl, Gas und Kohle die Grundlage des gesamten modernen Lebens. Neben der**

Energieversorgung sind sie unerlässlich, um uns zu ernähren, zu kleiden und zu schützen. Er bezeichnet Ammoniak, Stahl, Beton und Kunststoffe als die vier Säulen der modernen Zivilisation, die derzeit nur mit fossilen Brennstoffen hergestellt werden können. Diese vier unverzichtbaren Materialien verbrauchen 17 % des weltweiten Primärenergiebedarfs und verursachen 25 % aller CO₂-Emissionen. Die IEA berichtet, dass 14 % des weltweiten Erdöls und 8 % des Erdgases als Ausgangsmaterial für die Herstellung von Petrochemikalien verwendet werden. Außerdem ist der Anteil der fossilen Brennstoffe an der Energieerzeugung zwischen 1973 und heute kaum zurückgegangen, und der Rückgang ist fast ausschließlich auf die zusätzliche Erzeugung von Kernenergie zurückzuführen. Ein Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, wie es in dem Artikel heißt, hätte katastrophale Folgen für die gesamte Welt, mit fast unvorstellbaren Konsequenzen.

[Hervorhebungen vom Übersetzer]

References

Lomborg, B. (2020, July). Welfare in the 21st century: Increasing development, reducing inequality, the impact of climate change, and the cost of climate policies. *Technological Forecasting & Social Change*, 156. Retrieved from

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0040162520304157>

Semieniuk, G., Holden, P., Mercure, J., & al., e. (2022, May 26). Stranded fossil-fuel assets translate to major losses for investors in advanced economies. *Nature Climate Change*. doi:10.1038/s41558-022-01356-y

Smil, V. (2022). *How the World Really Works*. Viking. Retrieved from https://www.amazon.com/How-World-Really-Works-Science-ebook/dp/B09CDB69WT/ref=sr_1_1?crid=15LL4YNFP77F&keywords=how+the+world+really+works&qid=1653753577&sprefix=How+the+World+Really%2Caps%2C79&sr=8-1

Link:

<https://andymaypetrophysicist.com/2022/05/28/the-economic-cost-of-eliminating-fossil-fuels/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Wir haben schon fast ein globales

ESG-System – und sollten uns Sorgen machen

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2022

Jack McPherrin

Der zweite Tag der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos, Schweiz, begann mit einer besorgniserregenden Nachricht.

Einige der Hauptarchitekten von Umwelt-, Sozial- und Governance-Bewertungen (ESG) trafen sich zu einer [Sitzung](#) mit dem Titel „Global ESG for Global Resilience“ (etwa: Globale ESG für globale Widerstandsfähigkeit) und haben eindeutig beschlossen, ihr Ziel einer neuen globalen Wirtschaftsordnung weiter zu verfolgen, welche nationale Grenzen überschreitet und den Kapitalismus der freien Marktwirtschaft ersetzt.

Die Zerstörung des Kapitalismus‘ der freien Marktwirtschaft zugunsten eines neuen „Stakeholder“-Modells, in dem die globalen Eliten die gesamte Macht innehaben, ist seit Jahren ihr Ziel. Ein einheitliches ESG-System bringt sie diesem [Ziel](#) sehr viel näher und wird wesentlich effektiver sein, wenn es darum geht, **die nationale Souveränität zu untergraben, demokratische Prozesse zu umgehen, Unternehmen zur Einhaltung von Vorschriften zu zwingen und letztlich die Wahlfreiheit des Einzelnen einzuschränken.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Zu Beginn der Sitzung kam die Vorsitzende der Hongkonger Börse, Laura Cha, gleich auf den Punkt. Sie erklärte: „Um ESG-Angaben aussagekräftig zu machen, brauchen wir einen harmonisierten Standard... Es wäre sehr gut, wenn das ISSB (International Sustainability Standards Board) daran arbeiten würde, standardisierte globale Maßnahmen einzuführen.“

Das ISSB ist ein neues [Gremium](#) zur Festlegung von Standards, das einzig und allein zu dem Zweck entwickelt wurde, diesen globalen Rahmen zu institutionalisieren.

Der ISSB-Vorsitzende Emmanuel Faber bestätigte, dass diese Bemühungen bereits begonnen haben: „Wir haben erst vor einer Woche ... die allererste Arbeitsgruppe von Ländern zur Angleichung von Nachhaltigkeitsstandards einberufen. Daran nahmen China, Japan, das Vereinigte Königreich, die USA und die EU teil. Und das ist erst der Anfang.“

Er fuhr fort: „Wir können nicht auf den Taxonomie-Ebenen irgendeiner Gerichtsbarkeit bleiben. Denn sie sind an einen bestimmten politischen Konsens gebunden, und der kann sich schon morgen ändern. Wenn man also langfristig denkt, muss man tiefer gehen als die Taxonomien“.

Wenn man zwischen den Zeilen liest, scheint Faber zu sagen, dass er beabsichtigt, ein Top-Down-System zu institutionalisieren, das alle nationalen Grenzen durchdringt und für politische Entscheidungen undurchlässig ist, wodurch die Idee der Demokratie bedeutungslos würde.

Der Rest des Gesprächs war ein erhellender Blick auf die Art und Weise, wie die Eliten die Welt bedrohen und zwingen werden, sich ihnen zu fügen.

Der Vorsitzende und CEO der Bank of America Brian Moynihan verschwendete keine Zeit und drohte den Unternehmen sofort, sich anzuschließen. Auf die Frage, ob er glaube, dass der Krieg in der Ukraine und COVID-19 die Bemühungen um eine Ausweitung von ESG zurückgeworfen haben, antwortete er: „Nein... Die Realität ist, dass die Unternehmen Verpflichtungen in mehreren Dimensionen eingegangen sind... sie können nicht einfach sagen: „Oh, das ist jetzt unbequem.““

Er fügte hinzu: „Ich weiß nicht, wie Sie das umgehen wollen, denn Ihre Kunden werden es nicht zulassen, Ihre Mitarbeiter werden es nicht zulassen, und Ihre Aktionäre sollten es nicht zulassen. Und, nebenbei bemerkt, die Gesellschaft wird es nicht zulassen.“

Herrje, Brian, das klingt wirklich nicht so, als würden diese Unternehmen dies freiwillig tun.

Moynihan verpflichtete sich auch, den wirtschaftlichen Einfluss seiner gesamten Organisation zu nutzen, einschließlich der Gelder seiner individuellen Kontoinhaber, und sagte: „200.000 Menschen, eine Bilanz von drei Billionen Dollar, 60 Milliarden an Ausgaben; wenn man anfängt, mit dieser Waffe zu zielen, und sie auf all diese Unternehmen anwendet, ist das gewaltig... [die Unternehmen], die die Metriken erfüllen, werden mehr Kapital bekommen, die, die das nicht tun, werden weniger bekommen.“ Er sprach sogar darüber, dass er ein Schulungsprogramm für jeden seiner Kreditsachbearbeiter eingeführt hat, in dem er ihnen beibringt, wie sie mit ihren Kunden über die Vorteile von ESG-resistenten Unternehmen sprechen können.

Moynihan sprach auch darüber, wie die Bank of America und andere Organisationen Kaufentscheidungen in Bezug auf ihre Lieferketten treffen werden, die auf ihren Netto-Null-Verpflichtungen beruhen, was sich auf Unternehmen und Verbraucher auswirken wird.

Er warnte die Kunden, an Bord zu gehen: „Die Botschaft, die wir [an unsere Kunden] senden, ist die folgende: Wir werden zu euch halten, aber ihr müsst anfangen, darüber nachzudenken... Wir müssen den Rest der Welt startklar machen... Betrachtet das nicht als das Problem von jemand anderem. Das wird dein Problem sein.“

Brian, Sie fabrizieren das „Problem“, genauso wie Sie die „Zustimmung“ fabrizieren.

Der Vorstandsvorsitzende von Unilever, Alan Jope, gab ähnliche Versprechen ab, die Versorgungsventile für den Rest der Welt zu Gunsten seiner Ziele zu schließen, was übrigens nicht dazu beitragen wird, unsere derzeitigen Probleme in der Versorgungskette und die damit verbundene Inflationskrise zu lösen. Er verkündete: „Wir haben uns verpflichtet, nur noch mit Zulieferern Geschäfte zu machen, die ihren Mitarbeitern existenzsichernde Löhne zahlen und Netto-Null-Verpflichtungen eingehen, so dass wir unsere Auswirkungen auf das gesamte Universum der Menschen, die mit unserem Unternehmen arbeiten, ausweiten können.“

Dann, in einer der beunruhigendsten Aussagen des Vormittags, erklärte Jope, dass dieses System nur funktionieren kann, wenn es von der Regierung und den Regulierungsbehörden in das kapitalistische System, die großen Unternehmen und die kleinen und mittleren Unternehmen hineinreicht; aber der ultimative Weg, Märkte zu bewegen, ist, wenn der Verbraucher mit seinem Geldbeutel abstimmt.

Erstens trägt die wachsende Allianz zwischen der großen Regierung und dem Großkapital – mit ein wenig Hilfe der Medien – erhebliche faschistische Untertöne.

Zweitens hat der Verbraucher, auf den Sie sich beziehen, keine freie Wahl, Alan. Was Sie vorhaben, ist so etwas wie die Streichung eines beliebten Kandidaten von den Wahlzetteln – wie es in Autokratien wie Russland üblich ist – und die Menschen dazu zu zwingen, zwischen begrenzten Optionen zu wählen, die sie wahrscheinlich nicht bevorzugen werden.

Es gibt einen Grund dafür, dass ein natürlicher Markt für diese Güter existiert; es gibt eine Verbrauchernachfrage, die wiederum von den Produzenten befriedigt wird. Diese Leute versuchen, sowohl die Nachfrage grundlegend zu verändern, indem sie die Verbraucherpräferenzen ändern, als auch das Angebot grundlegend zu verändern, indem sie Produzenten zerstören, die sich nicht ihrem Team anschließen.

Faber formuliert diese Bemühungen so: „Wir sagen nicht, was gut oder schlecht ist. Wir stellen nur die Informationen zur Verfügung, damit die Menschen Entscheidungen treffen können“.

Das ist, einfach gesagt, eine glatte Lüge.

Wie von den Mitgliedern dieses WEF-Gremiums klar zum Ausdruck gebracht wurde, ziehen diese Eliten in Wirklichkeit Investitionen von Unternehmen ab, die nicht mit ihrer Vision für die Welt übereinstimmen, und brechen die Beziehungen zu Unternehmen ab – was zu einer Verringerung der Auswahl für den Rest des Marktes führt – die nicht mitmachen.

Hier geht es nicht um Informationen, sondern um Kontrolle und Macht.

Jack McPherrin is research editor at The Heartland Institute.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/05/28/a-global-esg-system-is-almost-here-we-should-be-worried/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE